Neudruck

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1158
der Abgeordneten Barbara Richstein
Fraktion der CDU
Landtagsdrucksache 4/2840

Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung im Land Brandenburg

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 1158 vom 25.04.2006:

Illegale Prostitution ist eine riesige Grauzone, die Übergänge zur Zwangsprostitution sind fließend. Sicher ist: Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung ist eine verurteilenswerte Straftat; aber nur ein Bruchteil der Fälle wird geahndet. Denn die meisten Opfer können oder wollen keine Aussage gegen ihre Zuhälter machen. Das »Bundeslagebild Menschenhandel« des Bundeskriminalamtes (BKA) weist für das Jahr 2004 insgesamt 972 Opfer aus, davon rund neunzig Prozent Frauen, die allermeisten aus Mittel- und Osteuropa.

Im Vorfeld der EU-Osterweiterung hat Brandenburg das durch die Öffnung der Binnengrenzen anwachsende Problem erkannt, so dass im März 2000 ein Beirat "Hilfe für Opfer von Menschenhandel und Gewalt in der Prostitution in Brandenburg" gegründet wurde, welcher gegenüber den innerhalb der Landesregierung u. a. mit der Bekämpfung des Frauenhandels befassten Behörden den Handlungsbedarf aufzeigen und Lösungsvorschläge unterbreiten will.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Straftaten wurden im Land Brandenburg in den Jahren 2003, 2004 und 2005 im Bereich des Menschenhandels und der Zwangsprostitution registriert (nach der jeweils geltenden Rechtslage)?
2. Welche Aussagen hinsichtlich der Opferstruktur liegen vor? Bitte Aufschlüsselung nach:
 - a. Alter
 - b. Herkunftsland
 - c. Verbleib der Opfer
 - d. Beteiligung der Opfer an Strafverfahren als sog. Opferzeuginnen

Datum des Eingangs: 22.05.2006 / Ausgegeben: 29.05.2006

3. Welche Opferschutzprogramme bestehen im Land Brandenburg?
4. Welche Straftaten (insbesondere Gewaltstraftaten) wurden gegen die Opfer bzw. gegen ihre Angehörigen / Freunde verübt?
5. Welche Aussagen hinsichtlich der Täterstruktur liegen vor? Bitte Aufschlüsselung nach:
 - a. Alter
 - b. Geschlecht
 - c. Herkunftsland
 - d. Organisationsgrad
6. Welche Mitglieder gehören dem Beirat „Hilfe für Opfer von Menschenhandel und Gewalt in der Prostitution in Brandenburg“ an?
7. Welchen Aufgabenstellungen widmete sich der Beirat in der Vergangenheit?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wie viele Straftaten wurden im Land Brandenburg in den Jahren 2003, 2004 und 2005 im Bereich des Menschenhandels und der Zwangsprostitution registriert (nach der jeweils geltenden Rechtslage)?

zu Frage 1:

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) weist für den Zeitraum 2003 bis 2005 die in der nachfolgenden Tabelle ausgewiesenen Straftaten des Menschenhandels aus. Der Begriff der Zwangsprostitution findet zwar umgangssprachlich für das Phänomen der Prostitution und des Menschenhandels Verwendung, ist jedoch juristisch nicht definiert. In der PKS erfolgt ebenfalls keine gesonderte Erfassung.

Mit dem In-Kraft-Treten des 37. Strafrechtsänderungsgesetzes am 19.02.2005 wurde eine neue Gesetzeslage betreffs der Paragraphen 232 - Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, 233 - Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft und 233 a - Förderung des Menschenhandels geschaffen. Diese Änderungen konnten in der bundesweiten PKS des Jahres 2005 noch keine Berücksichtigung finden. Eine Umschlüsselung des Straftatenkataloges erfolgte bundesweit mit Wirkung vom 01.01.2006.

Anzahl der Straftaten (Schlüsselzahl PKS 1440 ff)	2003	2004	2005
Menschenhandel gesamt:	5	19	2
Menschenhandel (§ 180 b StGB)	3	13	2
Schwerer Menschenhandel (§ 181 Abs. 1 Nr. 2 und 3 StGB)	2	6	0

Frage 2: Welche Aussagen hinsichtlich der Opferstruktur liegen vor? Bitte Aufschlüsselung nach:

- a. Alter
- b. Herkunftsland
- c. Verbleib der Opfer
- d. Beteiligung der Opfer an Strafverfahren als sog. Opferzeuginnen

zu Frage 2:

Delikte des Menschenhandels gehören zu den so genannten Opferdelikten in der PKS. Bundeseinheitlich werden dazu Alters- und Geschlechtsangaben sowie Opfer-Tatverdächtigenbeziehungen (Verwandtschafts- bzw. Bekanntschaftsgrad) ausgewertet. Die Staatsangehörigkeit der Opfer ist nicht Gegenstand der Bundesauswertungen. Seit dem Jahr 2000 ist im Land Brandenburg das Polizeiliche Auskunftssystem Straftaten (PASS) Datenquelle für die PKS des Landes Brandenburg. Seitdem sind Auswertungen zur Staatsangehörigkeit im eingeschränkten Umfang in der Landes-PKS realisierbar. Ergänzend hierzu ist zu bemerken, dass in der PKS des Landes Brandenburg auch eine Anzahl von Fällen erfasst wird, die nicht durch die Polizei des Landes Brandenburg abschließend bearbeitet wurden (z. B. Fälle der Bundespolizei, des Zolls und der Berliner Polizei). Aus datenschutzrechtlichen Gründen gehört die Staatsangehörigkeit der Opfer von Straftaten nicht zu den übermittelten Daten.

Opferstruktur

	2003	2004	2005
Menschenhandel gesamt:	5	19	2
Menschenhandel (§ 180 b StGB)	3	13	2
Schwerer Menschenhandel (§ 181 Abs. 1 Nr. 2 und 3 StGB)	2	6	
Geschlecht:			
weiblich	5	19	2
Alter:			
14 bis unter 18 Jahre	0	1	2
18 bis unter 21 Jahre	1	11	0
21 bis unter 60 Jahre	4	7	0
Herkunftsland:			
Ukraine	0	7	0
Polen	0	2	0
Russland	1	0	0
Deutschland	3	0	2
Lettland	0	8	0
ungeklärt	1	0	0

Eine weitere Bewertung der Opferstrukturen lässt sich auf Grund der in Brandenburg geführten niedrigen Anzahl von Ermittlungsverfahren und der in diesem Zusammenhang registrierten Opfer des Menschenhandels nicht vornehmen.

Ein Verbleib der Opfer ist der PKS nicht zu entnehmen. Auswertungen von Einzelverfahren weisen jedoch darauf hin, dass in der Mehrzahl eine Abschiebung bzw. Ausweisung der Opfer erfolgt. In wenigen Fällen kommt es zur freiwilligen Ausreise bzw. zu notwendigen Zeugenschutzmaßnahmen im Rahmen von Verfahren der Organisierten Kriminalität (OK).

Frage 3: Welche Opferschutzprogramme bestehen im Land Brandenburg?

zu Frage 3:

Opferschutz und Opferhilfe sind wesentliche Pfeiler der Inneren Sicherheit unseres Landes. Insbesondere Kriminalitätsoffer haben ein Anrecht auf Verständnis und Unterstützung. Konsequenter Opferschutz ist ebenso wichtig wie die konsequente Verfolgung der Straftäter. Polizeilicher Opferschutz bietet all denen Kooperation an, die ihre Aufgaben ebenfalls darin sehen, Opfer von Kriminalität und anderen außergewöhnlichen Ereignissen zu unterstützen.

Mit dem Aktionsplan der Landesregierung Brandenburg zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen von 2001 wurden u. a. im Rahmen der Zuständigkeit des Ministeriums des Innern verschiedene Maßnahmen veranlasst, die die Verbesserung der Aus- und Fortbildung in der Polizei oder die Erarbeitung eines Opferschutzkonzeptes für die Polizei des Landes Brandenburg zum Ziel hatten.

Im Jahr 2003 wurde ein Konzept für den polizeilichen Opferschutz durch Erlass des Ministers des Innern in Kraft gesetzt. Das Konzept gibt den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten allgemeine Verhaltensempfehlungen für den Umgang mit Opfern. Zudem wird eine Vielzahl von Empfehlungen für den Umgang mit speziellen Opfergruppen, wie zum Beispiel Opfer von häuslicher oder sexueller Gewalt, gegeben. Das Opferschutzkonzept enthält außerdem eine Vielzahl von Informationen zu Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern für Opfer von Straftaten und Hilfe suchende Bürger.

Die Entwicklung zu verschiedenen Phänomenbereichen, aber auch die EU-Osterweiterung mit den dadurch veränderten Rahmenbedingungen im Themenfeld illegaler Aufenthalt, Menschenhandel und Zwangsprostitution erforderten eine Überarbeitung der Beratungsansätze. Deshalb wurde das Opferschutzkonzept der Polizei fortgeschrieben. Im April 2006 trat die Fortschreibung in Kraft.

Ein wesentlicher Bestandteil des Opferschutzkonzeptes ist die Institutionalisierung von Opferschutzbeauftragten in den Behörden und Schutzbereichen der Polizei. Diese Opferschutzbeauftragten sind interne Ansprechpartner sowie Multiplikatoren in der dezentralen Fortbildung zum Opferschutz. Darüber hinaus fungieren sie als Mittler zwischen der Polizei und den Trägern der Opferhilfe in den jeweiligen Regionen.

Zur weiteren Verbesserung der Bekämpfung des Menschenhandels trat am 20. November 2002 das „Konzept zur Kooperation zwischen Fachberatungsstellen und Polizei des Landes Brandenburg für den Schutz von Opferzeuginnen von Menschenhandel“ in Kraft. Das Konzept war Ergebnis der Arbeit einer gemeinsamen Arbeitsgruppe unter Federführung des Ministeriums des Innern, der u. a. Vertreter des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie und des „Beirates zur Hilfe von Opfern von Menschenhandel und Gewalt in der Prostitution“ angehörten und in welche die mit dem Phänomen Menschenhandel betrauten Fachdienststellen der Polizei einbezogen wurden.

In Umsetzung des Konzeptes wurde beim Landeskriminalamt (LKA) Brandenburg eine „Koordinierungsstelle für den Schutz von Opfern in Menschenhandelsverfahren“ (KOST SOM) eingerichtet, die mit der Fachberatungsstelle „Belladonna e. V.“ kooperiert.

Die Anzahl der Betreuungsmaßnahmen, welche durch die Fachberatungsstelle „Belladonna e.V.“ in Kooperation mit der Koordinierungsstelle beim LKA (KOST SOM) durchgeführt wurden, ist nachstehender Tabelle zu entnehmen:

	2003	2004	2005
Betreuungsmaßnahmen KOST SOM gem. Kooperations-Konzept	6	0	2
Beratungs-/Unterstützungsmaßnahmen für andere Behörden (z. B. Ausländerbehörde)	12	5	8

Die Fachberatungsstelle „Belladonna e. V.“ betreut auch Opferzeuginnen in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei und den Landeskriminalämtern anderer Bundesländer.

Die Polizei des Landes Brandenburg arbeitet mit allen seitens des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie anerkannten Fachberatungsstellen, die ihre Zustimmung zum anliegenden Kooperationskonzept schriftlich gegenüber der Koordinierungsstelle beim Landeskriminalamt erklärt haben, nach den im Kooperationskonzept festgehaltenen Grundsätzen vertrauensvoll zusammen.

Der Aktionsplan der Landesregierung Brandenburg zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sieht auch für den Landespräventionsrat *Sicherheitsoffensive Brandenburg* die Entwicklung von Maßnahmen zur Verhütung von Gewalttaten im sozialen Nahraum vor. Eine von vier Arbeitsgruppen ist ausschließlich mit der Behandlung der Thematik Opferschutz und Opferhilfe beauftragt. In dieser Arbeitsgruppe ist eine Vielzahl fachkompetenter Vertreter von Einrichtungen und Institutionen vertreten, die mit Opferschutz und Opferhilfe unmittelbare Befassung haben.

Frage 4: Welche Straftaten (insbesondere Gewaltstraftaten) wurden gegen die Opfer bzw. gegen ihre Angehörigen / Freunde verübt?

zu Frage 4:

Dazu liegen der Landesregierung keine Angaben vor.

Frage 5: Welche Aussagen hinsichtlich der Täterstruktur liegen vor? Bitte Aufschlüsselung nach:

- a. Alter
- b. Geschlecht
- c. Herkunftsland
- d. Organisationsgrad

zu Frage 5:

Zu den ermittelten Tatverdächtigen beim Delikt des Menschenhandels liegen hinsichtlich des Alters, des Geschlechtes und des Herkunftslandes die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Informationen vor.

Täterstruktur

	2003	2004	2005
Menschenhandel gesamt:	7	14	3
Menschenhandel (§ 180b StGB)	6	11	3
Schwerer Menschenhandel (§ 181 Abs. 1 Nr. 2 und 3 StGB)	1	8	0
Geschlecht:			
männlich	7	12	2
weiblich	0	2	1
Alter (unter 25 Jahren keine TV):			
25 bis unter 30 Jahre	1	2	0
30 bis unter 40 Jahre	3	10	3
40 bis unter 50 Jahre	3	1	0
50 bis unter 60 Jahre	0	1	0
Herkunftsland:			
Deutschland	6	4	3
Lettland	0	3	0
Ukraine	0	2	0
Russ. Föderation	0	2	0
Polen	0	2	0
Niederlande	0	1	0
Kuba	1	0	0

(Hinweis: Bei Tatverdächtigenerfassung sind auch Mehrfachnennung möglich)

Hinsichtlich der Täterstrukturen ist eine analoge Situation wie in den anderen Bundesländern zu verzeichnen. Bei den Tatverdächtigen dominieren die deutschen Staatsangehörigen, gefolgt von den Tätern aus mittel- und osteuropäischen (MOE-) Staaten. Als Einstieg in die Prostitution werden oftmals vor dem Hintergrund des bestehenden Wohlstandgefälles Möglichkeiten einer geregelten Arbeitsaufnahme in Deutschland in Aussicht gestellt oder auch die Prostitution im Zusammenhang mit Kurzreisen über Reisebüros als lukrative Nebentätigkeit offeriert. Die Ausübung unmittelbaren Zwangs stellt dabei die Ausnahme dar.

Der Grad der Organisiertheit bzw. das Vorhandensein von Täterstrukturen im Phänomenbereich Menschenhandel lässt sich anhand der vom LKA Brandenburg bearbeiteten Verfahrenskomplexe aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität belegen, in denen u. a. auch wegen Kriminalität im Zusammenhang mit dem Nachtleben ermittelt wurde.

So wurden in den Jahren 2003 drei, 2004 zwei Komplexe und 2005 ein Komplex der Organisierten Kriminalität bearbeitet, in denen der Menschenhandel bzw. der schwere Menschenhandel eine Rolle spielte. Schwerpunkt hierbei war der Raum Frankfurt (Oder). In der dortigen Außenstelle des LKA existiert eine Gemeinsame Arbeitsgruppe (GAG) der Landespolizei und Bundespolizei, da im Deliktsbereich des Menschenhandels, der Ausübung der Prostitution und der Zuhälterei oftmals auch von einem Schleuserhintergrund auszugehen ist.

Frage 6: Welche Mitglieder gehören dem Beirat „Hilfe für Opfer von Menschenhandel und Gewalt in der Prostitution in Brandenburg“ an?

zu Frage 6:

Dem Beirat „Hilfe für Opfer von Menschenhandel und Gewalt in der Prostitution in Brandenburg“ gehören an:

- Dr. Christiane Markert-Wizisla, Frauen- und Familienarbeit der Ev. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (amtierende Sprecherin)
- Ines Schröder-Sprenger, Büro der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg (stellv. Sprecherin)
- Dr. Erardo Chr. Rautenberg, Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg
- Heiderose Gerber, Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.
- Naile Tanis, KOK Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V., Potsdam
- Uta Ludwig, Fachberatungsstelle Bella Donna e.V., Frankfurt (Oder)
- Jana Heinol, Landeskriminalamt Brandenburg
- Tanja Neumann, zentrale Ausländerbehörde Eisenhüttenstadt
- Regina Kalthegener, Rechtsanwältin, TERRE DES FEMMES e.V.
- Barbara Eritt, IN VIA e.V., Berlin
- Elfriede Steffan, SPI-Forschungs gGmbH, Berlin.

Frage 7: Welchen Aufgabenstellungen widmete sich der Beirat in der Vergangenheit?

zu Frage 7:

Der Beirat hat sich zur Unterstützung von Opfern von Menschenhandel und Gewalt in der Prostitution im März 2000 gegründet. Nach wie vor ist das Thema Prostitution mit großen Tabus beladen, die damit auch die Opfer von Frauenhandel betreffen.

Der Beirat hat sich zum Ziel gesetzt, durch gesellschaftliche und politische Einflussnahme dazu beizutragen, für das Land Brandenburg verbesserte Verfahrensweisen zu entwickeln und zu etablieren und die Kooperation zwischen den beteiligten Einrichtungen/Institutionen zu verbessern.

Es werden die Erkenntnisse über die Situation im Land Brandenburg zusammengetragen, indem die Expertinnen und Experten der unterschiedlichen Bereiche (Projekte, Ministerien, Polizei, Ämter) über ihre Arbeit berichten.

Auf Initiative des Beirates wurde 2002 das Kooperationskonzept zwischen Fachberatungsstellen und der Polizei für den Schutz von Opferzeuginnen erarbeitet und im November 2002 vom Ministerium des Innern erlassen. Der Beirat begleitet die Umsetzung des Konzeptes und beobachtet die Folgen, die sich durch veränderte Gesetzeslagen und durch die EU-Osterweiterung für die Opfer von Menschenhandel ergeben.

Der Beirat bietet Fortbildung und Beratung an und ist im Begleitgremium zum Aktionsplan der Landesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie im Landespräventionsrat vertreten.

Als Kooperationspartner hat der Beirat mit der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg und der Fachberatungsstelle Bella Donna die Fachtagung „Ware Frau – Deutsch-polnisch-ukrainische Grenzüberschreitungen ein Jahr nach der EU-Erweiterung“ vom 8. bis 10. Dezember 2005 in Slubice inhaltlich mitgestaltet.